№ 1191. Freitag, den 28. Februar. (Abend-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger 

Zeitung.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 28. Februar. Bei der gestern stattgehabten Festvorstellung im Theater wurde der Kaiser enthusiastisch begrüßt.

Hermannstadt, 27. Februar. Gestern hat der stellvertretende Präsident der sächsischen Nation ein Festdiner gegeben. Am Abend hatten sich 300 Bewohner freiwillig zu einem Mahle in einem Gasthause versammelt, bei welcher Gelegenheit Toaste auf den Kaiser, auf die Reichsverfassung, auf den Eintritt Siebenbürgens in den Reichsrath, auf den Minister Schmerling und auf die Armee ausgebracht worden sind.

Triest, 27. Februar, Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Athen vom 22. d. ist der König Otto dahin zurückgekehrt. Nauplia ist zu Wasser und zu Lande abgeschnitten. 60 Mann der dortigen Truppen sind zu den Königlichen übergegangen. Auch in Tripolitza hat eine revolutionäre Manifestation stattgefunden. Die Regierung will in den bedrohten Provinzen ein allgemeines Aufgebot erlassen. In Athen herrscht Ruhe, doch sind die Kaffeehäuser geschlossen und die Straßen militärisch besetzt.

München, 27. Februar. Ein aus officieller Quelle hier eingetroffenes Telegramm meldet aus Athen, daß die Revolte keine größeren Fortschritte gemacht und daß die königlichen Truppen drei glückliche Gefechte gegen die Rebellen geliefert haben.

Paris, 27. Februar, Morgens. Der heutige „Moniteur" enthält: Da durch die Lehren des Professor Renan der christliche Glaube verletzt worden ist und hierdurch bedauerliche Agitationen hervorgerufen werden können, so ist sein Lehrcursus bis auf weitere Ordre suspendirt worden.

Der „Moniteur" meldet ferner, daß bis jetzt 65½ Mill. Rente und 306,296 Obligationen zur Conversion angemeldet worden sind.

Berichte aus Griechenland versichern, daß die Insurrection zunehme.

Nachrichten aus Messina melden, daß die dortige Geistlichkeit eine Adresse unterzeichnet habe, in welcher die Aufhebung der weltlichen Macht des Papstes gefordert werde.

Paris, 27. Februar, Abends. Die „Opinion nationale" hat wegen eines den Senat beleidigenden und beschimpfenden Artikels die erste Verwarnung erhalten.

Brüssel, 27. Februar. Nach der heutigen „Independance" hat der Kaiser in dem Antwortschreiben an den Grafen Morny die Absicht, die Unabhängigkeit und die Würde der Legislativen anzugreifen, geleugnet. Die Commission in Betreff der Angelegenheit des Grafen Palikao wird zur Ausgleichung, die Dotation nur auf die Lebensdauer zu votiren, vorschlagen.

Kopenhagen, 26. Februar. (H. N.) In der heutigen Sitzung des Reichsrathes wurden die Verhandlungen über den Zollgesetzentwurf fortgesetzt. Auf eine Anfrage Blixen-Fineckes erwiderte der Cultusminister Monrad, daß die gestrige Aeußerung des Finanzministers (daß es nicht die Absicht der Regierung sei, die Zollgrenze an die Eider zu verlegen) nicht durch die preußisch-österreichischen Noten veranlaßt sei. Schon bei der Vorlage des Gesetzentwurfs sei gesagt worden, daß das Gesetz für die ganze Monarchie gelten solle. Die holsteinischen Stände wären berechtigt, über Veränderungen des Zollgesetzes gehört zu werden und er hoffe, daß die Zollgrenze auch künftig an der Elbe verbleiben könne. — Der Gesetzentwurf ward schließlich gegen eine Stimme der zweiten Berathung und einem Ausschusse von 9 Mitgliedern überwiesen. — Der Gesetzentwurf wegen Freilager und Freidocks wurde nach kurzer Discussion der zweiten Berathung und dem eben genannten Ausschusse überwiesen. — Der Präsident hat einen Antrag an den König vorgeschlagen auf Ausschließung der Herren Thomsen-Oldensworth und Hansen-Grumby, welche ohne triftige Gründe sich geweigert haben, ihren Sitz im Reichsrathe einzunehmen.

Unsere Aufgabe.

Wenn es etwas gäbe, das den siegreichen Ausgang der gegenwärtigen Kämpfe in unserem Staatsleben uns zweifelhaft machen könnte, so würde es wahrlich nicht die Meinung sein, als ob unser Volk ein geringeres Maß von Einsicht in die Bedürfnisse des öffentlichen Lebens besäße, als in ihm selber oder in anderen Völkern zu andern Zeiten vorhanden war. Auch fürchten wir keineswegs, daß der Muth und die Kraft zum Streite schwächer wären, als sie ehedem oder anderswo in bedeutenden Geschichtsepochen sich gezeigt haben. Im Gegentheil, während wir vielleicht weniger als sonst über mangelnde Thatkraft zu klagen haben, ist die Einsicht eine viel umfassendere und tiefer gehende geworden. Aber gerade der Umstand, daß wir besser wissen, als unsere Vorfahren, was Alles in unserem Staatsleben umgestaltet werden muß, wenn dasselbe sich gedeihlich entwickeln, ja wenn es nicht allmälig hinsterben oder in einer großen Katastrophe plötzlich vernichtet werden soll, gerade die Fülle der Aufgaben, die von allen Seiten an uns sich herandrängt, sie ist es, die uns wohl die Frage aufwerfen läßt, ob denn auch unsere Kraft in demselben Maße gestiegen ist, wie unsere Einsicht.

Da sind zum Ausbau des Rechtsstaates alle die Sperrungen und Erschwerungen des Rechtsweges im Civil- und Criminalproceß gegen Private und besonders gegen Beamte und Behörden zu beseitigen. Da ist das Steuersystem umzugestalten, da ist Freiheit des Handels, der Gewerbe, Freiheit in der Wahl des Aufenthaltsortes zu erringen. Da sind Kirche und Schule von ihren Fesseln zu befreien, da ist die bürgerliche Selbstständigkeit der Beamten und zugleich die Unabhängigkeit der Bürger von ihrer Willkür herzustellen. Da ist eine wirkliche Selbstverwaltung der Gemeinden, der Kreise, der Provinzen zu schaffen. Da ist unser Militärwesen in einem Sinne zu reformiren, der in geradem Gegensatze gegen die Intentionen des Militär-Cabinets steht. Da muß die Volksvertretung sich eine reelle Macht erwerben, um eine wirksame Controle der Staats- und besonders der Finanzverwaltung und einen wirklich bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung des Landes und auf die deutsche und überhaupt die auswärtige Politik der Regierung üben zu können. Endlich (wenn wir nämlich hier schon „endlich" sagen dürfen) muß das Wahlsystem, muß vor allem das Herrenhaus von Grund aus umgestaltet werden.

Wahrlich, eine überwältigende Fülle von Aufgaben! Und doch müssen sie schlechterdings alle gelöst werden.

Freilich treten nicht alle gleichmäßig in den Vordergrund. Vielmehr sind es nur drei von ihnen, die für den Augenblick den Angelpunkt unserer ganzen politischen Thätigkeit zu bilden scheinen, aber auch wirklich nur scheinen. Es sind die deutsche Politik, die Heeresreform, die Umgestaltung des Herrenhauses. Für die deutsche Politik muß das unvergängliche Recht des deutschen Volkes die einzige Richtschnur sein. Darauf ist die Regierung mit aller Energie hinzuweisen, damit ihr klar werde, in welcher Richtung ihre Gesammtthätigkeit sich zu bewegen habe, wenn sie überhaupt auf die Zustimmung und Unterstützung des Volkes rechnen will. Die Militairreform auf dem von ihr eingeschlagenen Wege muß um jeden Preis verhindert werden, damit sie erfahre, in welcher Richtung das Volk ihr niemals folgen wird. Die Umgestaltung des Herrenhauses ist die Forderung, die immer und wieder und bei jedem Anlasse gestellt werden muß, weil nur nach ihrer Erfüllung die schlechthin nothwendige Richtung unserer inneren und äußeren Politik eingeschlagen und festgehalten werden kann.

Wollten wir aber allein mit diesen Fragen uns jetzt beschäftigen, ja, wollten wir sie auch nur in einem solchen Maße bevorzugen, daß alle übrigen Fragen im Vergleiche mit ihnen als bloße Nebensache erschienen, so würden wir gerade das nicht thun, was allein die Möglichkeit ihrer Lösung uns gewährleisten kann. Die Einheit Deutschlands kann nur von einem im Sinne der Freiheit reformirten Preußen hergestellt werden, und ließen selbst die Bürger der andern deutschen Staaten es sich gefallen, daß das Preußen, wie es jetzt gestellt ist, an ihre Spitze träte, so würde doch das preußische Volk selbst, das glücklicherweise nicht aus abstracten Politikern besteht, seinen Beistand zu einem solchen Werke einer Regierung versagen, die den wunderlichen Versuch machte, im Innern still zu stehen und nach außen hin vorwärts zu schreiten. Ferner würde das Volk, und zwar mit Recht, von solchen Vertretern und Wortführern nichts wissen wollen, die zwar gegen das Junkerthum im Herrenhause ankämpfen, aber es unbehindert grade da schalten lassen, wo sein Druck ganz unmittelbar gefühlt wird. Was endlich die Heeresreform im reactionären Sinne betrifft, so weiß das Volk sehr wohl, daß die bloße Verhinderung derselben doch nur eine geringe Wohlfahrt ist, wenn nicht statt ihrer eine Reform des Heeres im volksthümlichen Sinne vorgenommen, und wenn der Verwerfung einer schädlichen Ausgabe nicht die nöthigen positiven Maßregeln folgen, um den Volkswohlstand zu seiner freien Entwickelung gelangen zu lassen.

Jedoch sprechen wir diese Worte nicht zu unseren Abgeordneten; wir wissen, daß die liberale Majorität derselben in dieser Beziehung mit uns übereinstimmt. Wir sprechen sie vielmehr zu jenen abstracten Politikern, die es höchst thöricht finden, daß die Abgeordneten und die Presse noch mit einer so großen Menge von Aufgaben sich beschäftigen, während es doch nur auf jene drei Punkte ankomme. Wohl kommt es gar sehr auf sie an, aber — wir müssen das ausdrücklich wiederholen — nur im steten Zusammenhange mit der Gesammtreform fast aller unserer inneren Verhältnisse.

Deutschland.

** Berlin, 27. Februar. Die deutsche Commission hielt heute abermals Sitzung. Der Antrag, wie ihn die Sub-Commission vereinbart hat, lautet jetzt:

„In Erwägung 1) daß das Recht des deutschen Volkes auf staatliche Einigung als gebieterische Forderungen seiner nationalen Existenz und als Ergebniß seiner Geschichte unbestreitbar feststeht, wie dasselbe einst in der Verfassung des

Die Fortsetzung der Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense.

II.

Der vierte Band der „Tagebücher" umfaßt die ereignißreiche und verhängnißvolle Zeit von der Einberufung des ersten Vereinigten Landtags (1847) bis zum Ende des April 1848. Keiner der vorausgegangenen Bände bietet so große Schwierigkeiten für ein übersichtliches Referat wie gerade dieser.

Durch Patent vom 3. Febr. wurde auf den 11. April 1847, den Sonntag Quasimodogeniti, der Vereinigte Landtag einberufen. Berliner Spötter ließen nicht unbemerkt, daß am erstgenannten Tage auf der königlichen Bühne der „Tartüffe" aufgeführt wurde und am Sonntag Quasimodogeniti das Evangelium vom ungläubigen Thomas sei; Varnhagen selbst äußert hinsichtlich des „Verfassungswesens": „Ja, ja, sie wollten hier gern was Apartes haben, und was Apartes haben sie auch zu Stande gebracht; nun wird's Mühe kosten, das Aparte wieder in den Strom des Vernünftigen zurückzuführen." Der König selbst war ergrimmt darüber, daß seine Gabe nicht freudiger angenommen, sondern so scharf kritisirt wurde; aber freilich: er hatte zu lange warten lassen. Dagegen war er eifrig mit den äußeren Einrichtungen beschäftigt, er zeichnete die Sitze der künftigen Landboten, die Verzierungen ihres Versammlungssaales ꝛc. Im Allgemeinen war er fröhlicher Stimmung, namentlich Mittags, wo er viel erzählte und lachte, und als er einst mit sechs andern, meist Generalen, gespeist hatte, rief er beim Ende der Tafel: „Na, ich bin überzeugt, die sieben Kurfürsten haben sich zusammen nie so gut amüsirt!" Die Königin war aller fortschreitenden Entwickelung der Ständesachen feindlich, sie sah mit Verdruß das Thun des Königs und man durfte ihr gar nicht von diesen Dingen reden. Der Prinz von Preußen zeigte eine merkwürdige Wandelung; das, dem er so lange widerstrebte, sollte nun, nachdem es als Gesetz ausgesprochen, streng gehandhabt werden.

Der 11. April kam. „Das ist also", schreibt Varnhagen, „der Sonntag Quasimodogeniti, an dem der König seinen Vereinigten Landtag eröffnet! Ich bin tief traurig und kann mir nicht vorstellen, wie aus all der Jämmerlichkeit etwas Vernünftiges werden soll, außer es träte Gewalterhebung ein, und diese wäre an sich selbst ein Uebel, und überdies ist dazu nicht die geringste Aussicht. Diesen Tag wird das Vaterland noch oft bejammern; ob in später Zeit noch einmal segnen? wer darf es mit Sicherheit behaupten! Wir Deutsche sollen so leicht auf einen grünen Zweig nicht kommen, das sieht man." Die Eröffnungsrede des Königs — bald mit herzlichem, bald mit schneidendem, bald mit gewaltsamem Ton gesprochen — erregte allgemeine Betroffenheit, Unwillen, Erbitterung; einige bürgerliche Abgeordnete meinten, es wäre das Beste, gleich nach Hause zu gehen; der scharfe Tadel sprach sich überall ohne Scheu und Rücksicht aus. Und dabei waren im Drucke noch einige zu harte Ausdrücke weggelassen worden, wie z. B., daß der König jeden für einen Verräther halten würde, der ihm constitutionelle Zumuthungen mache.

Es kann nicht unsere Absicht sein, auf den Verlauf des Vereinigten Landtags hier näher einzugehen, der zwar „keinen einzelnen Mirabeau, aber etwas von ihm in der ganzen Versammlung hatte". Daß selbst eine unter solchen Vorbehalten und Beschränkungen zusammengebrachte Repräsentation so gewaltig der allgemeinen Unzufriedenheit Stimme gab, war ein so bemerkenswerthes Zeichen, daß seine Geringschätzung gewiß nicht entschuldigt werden kann; der König aber war im Voraus entschlossen, im Widerspruche des Landtags nicht die Meinung des Volks zu erkennen. Die Minister hatten dem Landtage gegenüber einen außerordentlich harten Stand, sie gaben sich immer nur die bedenklichsten Blößen, und Bodelschwingh mochte nur sehr schwachen Trost darin finden, daß ihm sein königlicher Herr das Zeugniß ausstellte: er habe sein mündliches Examen am besten bestanden. Dagegen erhoben sich die Vincke, Camphausen, Beckerath, Auerswald, Mevissen und andere, welche mit einer bis dahin nicht erlebten Kühnheit und Offenheit den Ministern und ihrem Systeme entgegentraten, schnell zu einer hohen Stufe wohlverdienter Popularität. Varnhagens Stimmung war zu jener Zeit fast stets eine äußerst bittere. So schreibt er unter dem 11. Mai: „Den neuen Gang der Dinge, in den wir eingeschritten, finde ich mit jedem Tage beklagenswerther. Welche Mißgeburt, mit welcher Preußen fortan leben soll, die es mit aller unsäglichen Anstrengung doch nie zu etwas Rechtem ausbilden, und die es eben so schwer loswerden kann Diese bevorrechtete Aristokratie, diese Befestigung auch des untern Adelswesens, diese gewaltsame Einsperrung in Stände, wie soll das aufhören, ohne daß die gewaltsamsten Vorgänge stattfinden, Vorgänge, die, abgesehen von allem Erfolge, schon an sich die furchtbarste Heimsuchung sind? Unsere Staatsbildung ist auf lange, lange Jahre heillos verpfuscht!... Wie anders, wenn der König, selbst voranschreitend, die Vorgeschrittensten der Nation, die wirklich Edlen und Tüchtigen um sich versammelt hätte, in zeitgemäßer Weise, ein Vorbild für Preußen selbst und für Deutschland! Diese Männer und diese Formen hätten ihn wirklich stark gemacht, hätten ihn getragen zu unberechenbaren Erfolgen und zur ruhmvollsten Unsterblichkeit! Die pietistische Lüge hat alles auf weit hinaus zu Grunde gerichtet."

Der Vereinigte Landtag kam zum Schlusse. Ueber seinen Ausgang herrschte große Niedergeschlagenheit; der König aber war froh, die „Tausendschockschwerenothsgeschichte" los zu sein, er gedachte am liebsten der Landtags-Campagne gar nicht mehr und suchte unter den Zerstreuungen seines gewöhnlichen heiteren Lebens das Unangenehme zu vergessen. Gegen die liberalen Abgeordneten blieb er eingenommen; als er im Herbst am Rhein war, beachtete er in Köln den Vertreter dieser Stadt, Camphausen, gar nicht, und in Westfalen bei der Einweihung des Vincke-Denkmals wurde die gesammte Familie Vincke vom König zur Tafel gezogen, nur der freisinnige Abgeordnete nicht. Varnhagen bemerkt darüber: „Das ist keineswegs gut noch klug! Nach dem Schwarzen Adler-Orden hat der König keine größere Auszeichnung zu geben, als solche Zurücksetzung, welche sich geradezu in Ehre verwandelt. Aus der Ungnade machen sich nur Schwächlinge und Knechte noch was."

Das Jahr 1847 endete unheilvoll. Mißernten und Kartoffelkrankheit hatten im Winter allgemeine Theuerung, in einigen Gegenden des Landes Hungertyphus zur Folge. Die Neuenburger Affaire war nicht geeignet, der preußischen Machtstellung einen neuen Nimbus zu geben; in Berlin beschuldigte man Radowitz, den man für den Bundesgenossen der Jesuiten hielt, in den Schweizersachen übel auf den König einzuwirken.

Die Ereignisse des Jahres 1848, zu denen wir nun in

deutschen Reichs und neuerdings in der Berufung der deutschen National-Versammlung, in der von ihr eingesetzten und von allen deutschen Regierungen anerkannten Centralgewalt und in der Reichsverfassung von 1849 einen staatsrechtlichen Ausdruck fand, daß dieses Recht auch in allen bewegteren Epochen der vaterländischen Geschichte von den Regierungen wie von dem Volke anerkannt und in der preußischen Verfassung sogar ausdrücklich vorbehalten worden ist;

2) daß nur eine festere Verbindung der deutschen Staaten, als sie das völkerrechtliche Band des deutschen Bundes gewährt, den geistigen, politischen und ökonomischen Interessen des deutschen Volkes entsprechen, und bei der schwankenden politischen Lage Europas nicht länger hinausgeschoben werden kann, ohne selbst bei einer ungewöhnlichen Anspannung der Volkskräfte die Macht, die Unabhängigkeit und die Existenz des engern preußischen wie des weiteren deutschen Vaterlandes zu gefährden;

3) daß Se. Majestät der König in der Thronrede und neuerlich mehrere der einflußreichsten deutschen Regierungen in ihren Staatsschriften die völlige Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung, wenn auch in sehr verschiedenem Sinne, als eine unumgängliche Nothwendigkeit ausgesprochen haben, und daß sowohl der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, unter entschiedener Zurückweisung unberechtigter Einsprüche, wie die großherzogl. badische Regierung in ausführlicherer Motivirung auf eine bundesstaatliche Organisation innerhalb des weiteren Bundes als die einzig mögliche und genügende Reform hingewiesen haben;

4) daß in der That nur die Herstellung einer einheitlichen Centralgewalt zur Leitung der militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten in fest begrenzter Competenz unter Mitwirkung einer deutschen Volksvertretung die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Interessen der Nation bei voller Aufrechthaltung der innern Selbstständigkeit der Einzelstaaten sichern kann;

5) daß aber eine solche Centralregierung unter Theilnahme der beiden deutschen Großmächte, und ein Eingehen Oesterreichs auf eine bundesstaatliche Verfassung bei der unlöslichen Verbindung seiner deutschen Provinzen mit außerdeutschen Ländern, und bei seinen durch außerdeutsche Interessen bestimmten europäischen Stellung völlig unmöglich ist, während die politischen Interessen Preußens und der übrigen deutschen Länder durchaus zusammenfallen, und daß sogar die eigenen Interessen Oesterreichs die schleunige Constituirung eines mächtigen deutschen Bundesstaates zur Stärkung seiner deutschen Elemente fordern, daß daher, bei aller Sympathie für die deutsch-österreichische Bevölkerung, mit Oesterreich nur das völkerrechtliche Bundesverhältniß gewahrt werden kann, und daß in dem die übrigen Staaten Deutschlands umfassenden Bundesstaate den realen Machtverhältnissen entsprechend nur die Krone Preußens in der Lage ist, die Centralgewalt zu üben;

6) daß bei dem untrennbaren Zusammenhange einer nationalen und liberalen Politik die Königliche Staatsregierung nur durch ein rückhaltsloses Eingehen auf das berechtigte Verlangen des deutschen Volkes und durch den gleichzeitigen freisinnigen Ausbau der preußischen Verfassung die zur Erreichung dieses großen Zieles nothwendigen Sympathien Deutschlands erwerben kann, daß gegnerischen Bestrebungen gegenüber ein entschiedenes Handeln unabweislich ist, und daß die deutschen Landesvertretungen so berufen, wie verpflichtet sind, für die nationale Einigung Deutschlands ihr politisches und moralisches Gewicht in die Wagschaale zu werfen.

erklärt es das Haus der Abgeordneten für nothwendig:

1) daß bei der dringend gebotenen Reform der deutschen Bundesverfassung zwischen dem österreichischen Bundesgebiete und dem übrigen Deutschland ein unlösliches Bundesverhältniß erhalten wird;

2) daß innerhalb dieses weiteren Bundes Preußen und die übrigen deutschen Staaten, unbeschadet ihrer innern Selbstständigkeit, sich bezüglich der militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten zu einem engeren Bunde vereinigen, in welchem die Krone Preußens die einheitliche Bundesregierung führt und eine gemeinsame National-Vertretung die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die verfassungsmäßige Controle über die Bundesregierung übt;

3) daß die Königl. Staatsregierung im vollen Bewußtsein ihres deutschen Berufs diese bundesstaatliche Organisation offen als das Ziel ihrer Politik hinstellt, und zunächst durch Vereinbarungen mit den deutschen Staaten ihrer Verwirklichung entgegenzuführen strebt.

Seitens der Mitglieder der Commission wurde diesem Antrage zugestimmt. Das Ministerium des Auswärtigen war durch den Legationsrath Hepke vertreten; der Minister, Graf Bernstorff, war nicht erschienen. Der Commissar erklärte in ausführlicher Auseinandersetzung, die Staatsregierung sei weder mit den Motiven noch mit der Resolution einverstanden. Der Eindruck dieser Erklärung war ein solcher, daß von mehreren Commissions-Mitgliedern geäußert wurde, auf eine Einigung mit der Regierung in Bezug auf den einzubringenden Antrag werde wohl Niemand mehr hoffen. Demgemäß wurde beantragt, nunmehr auch die der Regierung gemachte Concession zurückzunehmen, welche in der Uebergehung der Nichtrechtsbeständigkeit des Bundestages bestand. Die Subcommission der Commission trat also sofort nach der Sitzung wieder in Thätigkeit.

⁂ **Berlin**, 27. Februar. Daß die identischen Noten Oesterreichs und der Würzburger in Sachen der deutschen Bundesreform im Interesse der Militairvorlagen ausgebeutet werden würden, darüber war man von vornherein außer Zweifel. Der thatsächliche Beleg für diese Vermuthung liegt nunmehr zunächst in einer Petition aus dem Stadt- und Landkreis Halle an das Abgeordnetenhaus vor, deren Urheberschaft im Lager der „Gouvernementalen" zu suchen ist. Die Petition verlangt zwar auch eine entschiedene liberale Politik in den innern Angelegenheiten, was von der Berliner Allgemeinen Zeitung mit Reform des Herrenhauses interpretirt wird, vor allem aber von den Abgeordneten Gewährung der von der Staatsregierung beantragten Vermehrung der Machtmittel Preußens, die nach der Meinung der Petenten der deutschen Polititik des Ministeriums den Hauptnachdruck zu geben im Stande sein würde. Wie es scheint, sind diesen Herren die unumwundenen Auslassungen der deutschen Presse, welche die nationale Einigung im Sinne des Nationalvereins aufs entschiedenste vertreten, von Preußen aber vorerst eine entschieden liberale Politik im Innern, die allein ihm das volle Vertrauen des deutschen Volks, die erste Vorbedingung der Einigung Deutschlands erwerben wird, fordern, gänzlich unbekannt geblieben. Für sie scheint die Sympathie des deutschen Volks Nebensache, ihre Einigungshoffnungen allein auf die preußische Armee zu bauen. Ferner hat erst jüngst noch Herr v. Bernstorff sehr bestimmt erklärt, daß die Regierung nur an eine Einigung auf dem Wege der freien Vereinbarung denkt, daß also selbst nach der Meinung der Regierung, die militärische Stärke Preußens für die Lösung der deutschen Frage in ihrem Sinn ganz irrelevant ist. Trotzdem verlangen die Hallenser Petenten im Interesse der deutschen Einigung Armeevermehrung und Erhöhung des Militairbudgets. Die „Gouvernementalen" haben ihre Parteipolitik durch eine genügende Anzahl ähnlicher Stückchen so vollkommen charakterisirt, daß man materiell auf dieselbe nicht mehr einzugehen braucht. In diesem Falle ist es nur unerläßlich, daß die Fortschrittspartei auch ihrerseits den Mund vor dem Hause der Abgeordneten aufthut und zwar ohne Säumen und unter allseitiger Betheiligung.

** Die Petitionscommission des Hauses der Abgeordneten discutirte gestern die Anhalt'sche Verfassungsfrage, angeregt durch eine Petition Halle'scher Bürger. Der Regierungs-Commissair Abeken erklärte, daß die Staatsregierung keine Veranlassung habe, sich über die Rechtsgiltigkeit der in Anhalt bestehenden Verfassung auszusprechen, weil dies eine rein innere Angelegenheit eines unabhängigen deutschen Staates sei. Die Commission faßte den Beschluß, die Regierung aufzufordern, für die Wiederherstellung der Anhalt'schen Verfassung vom 29. October 1848 und alsbaldige Berufung einer Volksvertretung auf Grund des Wahlgesetzes vom 24. Februar 1849 einzutreten.

— Der Staatsminister von **Auerswald** ist von seiner Krankheit jetzt völlig wieder hergestellt, doch versagen seine Füße ihm noch immer ihre Dienste. Das Zimmer hat Herr von Auerswald noch nicht verlassen, doch schon wiederholt Besuche empfangen.

— Der Publicist schreibt: Seit Kurzem unterhält man sich mit Besorgniß von Mobilmachungsgerüchten. Diese Gerüchte sind völlig unbegründet. Dagegen sind in Beziehung auf die Berliner Garnison etliche bemerkenswerthe Anordnungen getroffen worden. Dazu gehört, daß in jeder Kaserne wieder, wie schon früher einmal, ein Kasten mit scharfen Patronen in Bereitschaft gehalten wird, und daß die Soldaten wiederum instruirt worden sind, keine Versammlungen zu besuchen und sich, wenn irgendwo Aufläufe entstehen, sofort zurückzuziehen, sofern sie nicht im Dienste sind.

* Die „Berl. Allg. Z." behauptete vor einigen Tagen, daß die Uebergabe einer identischen Note Seitens Englands, Frankreichs und Rußlands, betreffend die Verpflichtungen aus den Jahren 1851 und 1852, trotz des Dementis der „Berling'schen Zeitung" dennoch als geschehen zu betrachten sei. Das „Dagbladet" vom 25. Februar sagt in seiner Wochenschau, daß die deutschen Blätter in Beziehung auf diese Nachricht sich ein wenig zu viel von ihrer Fantasie auf Abwege hätten führen lassen; das genannte Blatt sei im Stande versichern zu können, daß die Neuigkeit eine pure Erfindung sei.

— Das dänische Blatt „Faedrelandet", welches zuweilen gute Mittheilungen aus ministeriellen Quellen enthält, berichtet über den Inhalt der am 21. übergebenen österreichischen und preußischen Depeschen Folgendes. Es sind je zwei Depeschen, die eine am 8. d., die andere am 14. d. übergeben worden. Die preußische Depesche vom 8. d. erklärt, daß eine solche provisorische Ordnung der Verhältnisse, wie sie von der dänischen Regierung in Vorschlag gebracht ist, nur mit Zustimmung des dänischen Reichstages, so wie der holsteinischen und der schleswigschen Ständeversammlung zu Stande gebracht werden könne. Die preußische Regierung kann daher ihre Forderung einer definitiven Ordnung nicht aufgeben. Sodann wird die dänische Regierung gefragt, ob sie entschlossen ist, auf dem in der Cirkulardepesche vom 2. August 1861 bezeichneten Weg weiter zu gehen, oder wie sie überhaupt die Uebereinkunft von 1852 auszuführen gedenkt. — Die österreiche Depesche ist entweder gleichlautend, oder hat doch denselben Inhalt. — In der zweiten Depesche vom 14. Februar protestirt das preußische Cabinet gegen alle Beschlüsse des Rumpfreichsrathes, durch welche die Stellung Schleswigs berührt wird. „Faedrelandet" meint dazu, obgleich ein solcher Protest für jetzt ganz unschuldig sei, so werde die dänische Regierung doch um der Zukunft willen denselben ernst und bestimmt zurückweisen müssen. Die Sprache der deutschen Depeschen wird als „scharf und drohend" bezeichnet.

— Zwischen den Hansestädten und Frankreich wird ein Handelsvertrag, ähnlich dem zwischen Preußen und Frankreich vereinbarten, in nicht ferner Zeit zu Stande kommen.

— Der „K. Ztg." wird aus **Brüssel**, 25. Februar, geschrieben: Dem von einem hochgestellten Manne an einen hiesigen Diplomaten gerichteten Schreiben entnehme ich, daß in der Umgebung des Kaisers die Rede des Prinzen Napoleon sehr scharf beurtheilt wird. Dagegen klagt dieselbe Person darüber, daß der Kaiser die Unzufriedenheit seiner Umgebung durchaus nicht theile. „Se. Majestät", heißt es in dem Briefe, „hat zwar mit Verdruß gesehen, daß der Senat sich zu heftigen Scenen hat hinreißen lassen, die weder zu der Würde, noch zum Alter der Mitglieder der hohen Versammlung passen, aber es auch nicht ungern gesehen, daß der volksthümliche Ursprung und die volksthümliche Bedeutung des Kaiserreiches nachdrücklich in Erinnerung gebracht worden sei." Daß in den liberalen und populären Classen die Rede des Prinzen einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen hat, entnehme ich aus allen heute hierher gelangten Correspondenzen, und es heißt sogar, die Arbeiter wollten sich in einer Adresse beim Vetter des Kaisers für seine Vertheidigung der französische Revolution bedanken. Der eine der Correspondenten bemerkt zu dieser Nachricht: „Der Aerger über das Gebahren der ultramontanen und reactionären Partei in Frankreich ist so groß, daß jedes gegen diese unverbesserliche Partei gerichtete Wort den Liberalen zu Herzen geht. Auch die Studenten haben eine Art Kundgebung zu Gunsten des Prinzen Napoleon vor dem Senate gemacht. Eine andere freiheitliche Demonstration, welche gestern am Jahrestage der Revolution von 1848 auf dem Bastillenplatze organisirt werden sollte, wurde verhindert und hat zu Verhaftungen geführt." Sie sehen, daß ich nicht falsch berichtet, als ich Ihnen jüngst gemeldet, wie es in Frankreich sich zu rühren und zu regen beginne. Aus Wien wird wiederholt berichtet, daß man dort der Aufrechterhaltung des Friedens für dieses Jahr nicht sicher zu sein sich den Anschein giebt. Man giebt in Wien auf Garibaldi's und Victor Emanuels Versprechen nicht viel, und noch weniger auf die Versicherungen Napoleons III. So wenigstens melden die Wiener Berichte.

* Gegen die den Fortbestand des Posener Credit-Vereins betreffende Interpellation des Fürsten Wilhelm Radziwill hat der Verein deutscher Landwirthe in der Provinz Posen Verwahrung eingelegt.

---

der Mitte des vierten Bandes gelangen, hatte Varnhagen beschlossen in geschlossener Darstellung vorzuführen; er kam indessen damit nicht weiter, als bis zur Mitte des März. Durch den Ausgang der Neuenburger Frage, welcher die glückliche Vernichtung des schweizerischen Sonderbundes herbeigeführt hat, war der Stolz des Königs aufs tiefste gebeugt worden. Der Hohn und Spott der zahlreichen Widersacher, welche er längst allerorten gegen sich aufgeregt hatte, war scharf und schneidend, man sang Spottlieder, machte hundert schlechte Witze. Unter großer Verstimmung und Aufregung wurden am 17. Jan. 1848 die Vereinigten ständischen Ausschüsse eröffnet, die eigentlich nur für den einzelnen Zweck einberufen waren, einen neuen Strafgesetzentwurf zu prüfen, der unter Savigny's unglücklicher Leitung zu Stande gekommen war und der obrigkeitlichen Willkür ein Unmaß empörender Strenge zur Verfügung stellte. Die Ausschüsse bemühten sich redlich, den gewaltsüchtigen Ministern die Arbeit gehörig durchzubessern, verwahrten sich aber feierlich gegen jede andere Arbeit, welche nur zum Wirkungskreis des Gesammtlandtags gehöre. Die Minister, die noch immer keinen Widerspruch vertragen konnten, waren wüthend; der König, der auf mehrere der hervorragendsten Mitglieder des Herrenstandes, welche nicht stets nach seinem Sinne gestimmt hatten, heftig geschimpft, sie „dumme Jungen" und „undankbare Racker" genannt, hatte öfter als je absolutistische Gelüste; im Volke aber war der Freiheitsgedanke mächtig erwacht, die Opposition wurde immer stärker und richtete sich namentlich gegen die Anmaßung und Willkür der Polizei und gegen die Unterdrückung der Oeffentlichkeit, besonders der freien Schrift und Rede. Alle Gebiete des staatlichen und bürgerlichen Lebens hatten durch das herrschende Regierungswesen mehr oder minder zu leiden, der Handel litt an schwankenden Maßregeln und an der Unwissenheit der Regierung, der Landmann war wieder in die alte Unordnung zurückgedrängt, die besitzlosen Arbeiter galten für eine Art Ungeziefer, das sterben mochte, wenn es nicht leben konnte, das arme Volk galt den Höflingen nichts, die niederen Beamten standen unter hartem Zwang und wurden absichtlich niedergehalten, das volksthümliche Kriegswesen von 1813 hatte nur Rückschritte erfahren.

Unter solchen Umständen traf am 26. Febr. die Nachricht aus Paris ein, daß das Ministerium Guizot der allgemeinen Aufregung habe weichen müssen, und mit jeder der darauf folgenden Schreckenskunden wurde die Bestürzung in der vornehmen Welt Berlins großartiger. Der König aber, nachdem er sich von der ersten Betäubung erholt, sprach vom neuen Stand der Dinge in der Republik Frankreich mit Verachtung und Hohn. Als der Prinz von Preußen den König erinnerte, es wäre wohl gut, die so sehr gewünschte feste Zeitbestimmung für die regelmäßige Wiederkehr des Landtags auszusprechen, fuhr der Monarch ihn verweisend an: „Warum? Wer darf mir etwas vorschreiben? Niemand soll mir Forderungen machen. Ich fürchte nichts, ich bin eine geheiligte Person!" Der Gedanke, mit einem preußischen Heere in Frankreich einzubrechen, um der Republik ein Ende zu machen, lag den Staatsweisen des Berliner Hofes gar nicht so fern.

Mit den ersten Nachrichten aus Paris von der dortigen Revolution entzündete sich in Berlin ein Anfang öffentlichen Lebens, wie er bis dahin nicht bekannt gewesen. Die Volks-Versammlungen erhoben sich allmälig zu einer Macht, deren Gewicht hohen Orts schwer und unwillig empfunden wurde. Eine Revolution lag nicht im Sinne des Volks, aber der Starrsinn der Regierung konnte leicht mehr bewirken, als tausend noch so geschickte Aufwiegler; auf diese Möglichkeit hin wurden Vorbereitungen getroffen. Das Volk wußte, daß militärische Maßregeln angeordnet waren und daß man sehnlichst die gute Gelegenheit erwartete, in die unverschämten Massen einzuhauen oder sie niederzuschießen. Als Hauptträger der Gesinnung, die den Staat nur als Militärgewalt begriff, galt der Prinz von Preußen; seine ganze Umgebung, die gesammte, seinem Einfluß überlassene Garde war davon erfüllt.

Gegen die Mitte des März kam es in verschiedenen Theilen Berlins zu Aufläufen, die aber keinen politischen Character hatten. Am 16. März erscholl die Kunde vom Siege der Revolution in Wien; man sah in den höchsten Kreisen die Nothwendigkeit ein, nunmehr eine förmliche Constitution für Preußen zu geben, und am 18. März erschien das betreffende Patent im „Staatsanzeiger". Freude verbreitete sich in der Hauptstadt, ungeheuere Menschenmassen versammelten sich vor dem Königlichen Schloß, auf dessen Balcon der König erschien; Tücherwehen, Hurrahrufen und wüstes Geschrei begrüßten den Monarchen; man drängte gegen das Portal, wo der Eintritt verweigert wurde. Da kam im Galop und mit geschwungenem Säbel Reiterei dahergesprengt, es wurde eingehauen und geschossen. Die Wuth des Volkes stieg; „Verrath!" brüllte es durch die Straßen; Barrikaden erhoben sich überall und bald wüthete blutiger Straßenkampf. Ursprünglich hatte das Militär nur den Auftrag erhalten, den Schloßplatz von der im Freudenrausche Vivat schreienden Menge zu säubern; durch wen dieser Befehl unter der Hand in den zur Auseinandersprengung der Volksmenge verwandelt wurde, ist nicht mit unbedingter Gewißheit zu sagen.

Was nun folgte, die bunten Scenen im Königlichen Schlosse, die Flucht des Prinzen von Preußen am 19. März und was ihr vorherging (Scene mit dem König) mit allen Einzelheiten, der Abzug der Truppen aus Berlin, die mehrmaligen Entschließungen des Königlichen Paares zur Flucht, die berühmte Proclamation „An meine lieben Berliner", die Vorführung der „Volksleichen" vor dem barhaupt seine Achtung bezeigenden König, der Umritt des mit Schwarzrothgold angethanen Monarchen durch die Straßen Berlins, der nur durch Zufall abgewendete Entschluß hoher Offiziere, den König zur Abdankung zu zwingen, die vom Volke verlangte Ausschließung des Prinzen von Preußen von der Thronfolge und das Verhalten seiner Gattin und seines Bruders dazu, die Bemühungen für Rehabilitirung des Prinzen von Seiten des Adels und des Militärs, das Sinnen dieser Partei auf Rache, Manipulationen mit dem Staatsschatze, die schon im April sichtbaren Zeichen einer entschiedenen Reaction — das alles und noch vieles andere, auf etwa 80 Seiten der Tagebücher behandelt, eignet sich nicht zu auszugsweisem Referat. Varnhagens Niederschriften gerade über diese denkwürdige Periode sind werthvolle Documente zur Beurtheilung der damaligen Ereignisse und zur richtigen Darstellung jenes traurigen Abschnitts preußischer Geschichte. Möchten sie aber auch eine Warnungsstimme für die Zukunft sein! (Nach der D. A. Z.)

— Die hessischen Treubündler haben sich auch an das Herrenhaus gewandt; sie beginnen ihre Adresse: „Hohes Herrenhaus des Preußenlandes! Im Vertrauen auf die tiefe Einsicht, im Vertrauen auf die für das ganze christlich-monarchisch-landständisch gesinnte Deutschland vorleuchtende hochherzige Haltung und im Vertrauen auf den echten preußischen Ehrensinn, wodurch das preußische Herrenhaus als hellschimmernder Stern in dem finstern Menschenwirrwarr auf seiner Bahn weithin erglänzt — u. s. w."

— Die „Goldkronen" werden jetzt laut einer Notiz in dem Geschäftsbericht der Bremer Bank in Amerika, Frankreich und England zu einem festen dem Münzfuß jener Länder entsprechenden Preise angenommen, nämlich: in Amerika 43 Unzen unserer Kronen zu 800 Dollars, in Frankreich 1 Kilo zu 3093 Frs. und in England 1 Unze zu 76⅛ Sh.

Frankfurt a. O., 26. Februar. In Beziehung auf das bekannte Reskript des Grafen Schwerin, welches die an Se. Maj. den König eingereichte Adresse und die an den Oberbürgermeister Piper gerichtete Interpellation betraf, hat die Stadtverordnetenversammlung, wie das „Fr. Wbl." meldet, in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß die Stadtverordnetenversammlung zwar den Herrn Minister des Innern nicht für befugt erachten kann, ihren Beschluß, wie in dem Reskripte vom 1. d. M. geschehen, einer Rüge zu unterwerfen, indem das demselben zustehende Recht der Oberaufsicht in Communalangelegenheiten nicht zugleich eine Disciplinargewalt gegen die Stadtverordnetenversammlungen in sich begreift;

„daß ferner die in dem Reskripte ausgesprochene Rüge nicht sowohl gegen den Inhalt des gefaßten Beschlusses vom 29. October pr., als vielmehr nur dagegen gerichtet ist, daß derselbe nicht an die zuständige Adresse erlassen sei;

„die Versammlung sich indeß eines Angriffs nach dieser Richtung hin um so weniger hatte versehen können, als eines Theils der Herr Oberbürgermeister bei den in den gestellten Fragen berührten Handlungen resp. Unterlassungen weder in Ausführung eines Beschlusses des Magistrats-Collegii, noch im Namen desselben agirt hatte, vielmehr eine wesentlich andere Seite seiner amtlichen Stellung hierbei in Betracht kam, und andern Theils eine unmittelbare Correspondenz zwischen der Versammlung und dem Herrn Oberbürgermeister in geeigneten Fällen nicht blos von ihrer Seite, sondern auch umgekehrt schon vielfach beliebt und niemals angefochten worden ist;

„daß aber andererseits auch selbst bei Betretung des in dem Reskripte vom 1. d. M. angedeuteten Weges einer Vermittelung des Magistrats eine rechtliche Nöthigung für den Herrn Oberbürgermeister, die in der Interpellation vom 29. October pr. gestellten Fragen zu beantworten, nicht geltend gemacht werden kann, es bei Stellung derselben der Versammlung auch weniger um deren Beantwortung, als vielmehr darum zu thun war, ihrer eigenen und der von ihr vertretenen hiesigen Bürgerschaft allgemein getheilten Gesinnung über das von dem Herrn Oberbürgermeister bei Gelegenheit der Anwesenheit Ihrer Majestäten in hiesiger Stadt beobachtete Verhalten Ausdruck zu geben;

„dieser Zweck aber als erreicht zu betrachten, ist zur Tagesordnung überzugehen."

Leipzig, 24. Februar. Am 23. Februar hielten die Mitglieder des Nationalvereins eine Versammlung, in welcher eine Adresse an Herrn v. Carlowitz beschlossen wurde. Dieselbe enthält den Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für sein mannhaftes Wirken in der preußischen Kammer. Namentlich ist sein Votum für das Recht in Hessen mit der Hoffnung, daß, wenn erst Hessen seine Verfassung wieder erhalten haben werde, auch die andern Länder, in denen geschworene Verfassungen gebrochen wurden, wieder zu ihrem Rechte gelangen werden, also auch Sachsen; — ferner sein Votum für Italien, dessen Erhebung von allem Anfange an die lebhaftesten Sympathien in Sachsen gefunden hat, hervorgehoben.

Wien, 24. Februar. Die österreichische Presse stimmt in der Ansicht überein, daß der Notenwechsel in der deutschen Frage keine ernstlichen Folgen, am wenigsten kriegerische Folgen haben werde. Die „Presse" meint nicht mit Unrecht: „Die berliner Gouvernementalen spiegeln den Liberalen eine wirklich beabsichtigte Action in Deutschland vor, um sie für die Militairvorlage zu gewinnen. Das ist des Pudels wahrer Kern." Die „Presse" will wissen, daß der preußische Minister-Präsident Fürst zu Hohenzollern ein warmer Freund Italiens sei; der König aber habe sich zu der Anerkennung Italiens noch nicht verstanden.

Frankreich.

Paris, 25. Febr. Das Mißbehagen, um nicht zu sagen: die Gährung, ist in Frankreich sichtbar im Steigen. Man braucht nur die Verhandlungen der letzten Staatssitzung zu lesen, um sich zu überzeugen, daß auch die Reactionäre plötzlich weißglühend werden und sich kopfüber der Restauration in die Arme werfen. Der Präsident des Senates setzte der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 24. Februar eine Ermahnung zur Mäßigung hinzu: unterbrechen heiße das Reglement verletzen und die Ordnung stören; wer wieder unterbreche, werde der Strenge des Reglements verfallen; denn es würde schwer zu begreifen sein, wie die Regierung eine Versammlung, die vor Allem ein Muster der Ordnung sein und als Beispiel der Mäßigung und Versöhnung glänzen sollte, sich in solchen Schrankenlosigkeiten ruhig ergehen ließe, wie es in den letzten Sitzungen der Fall gewesen. Larochejacquelein begann sofort den alten Hader wieder mit der spitzigen Bemerkung, „er glaube die Schranken der Mäßigung nicht überschritten zu haben". Gleichzeitig verwunderte der Herr Marquis sich darüber, daß man ihn beschuldigt habe, er sei ein Contre-Revolutionär; er sei kein Anhänger des göttlichen Rechtes und bekämpfe nur Dinge, die er für gefährliche Folgen der Revolution halte. Der Marquis von Boissy glaubte die Polemik gegen den Bonapartismus auf die auswärtige Politik hinüberspielen zu müssen. Die Feldzüge nach der Krim und Italien seien allerdings ruhmreich ausgefallen, und er habe sich besonders des ersteren wegen gratulirt, weil derselbe die Schwäche der Engländer gezeigt habe, indeß bedauere er doch, daß das Geld nicht besser verwendet worden, nämlich zu einer Landung in England! Der Redner fuhr fort, man solle Waterloo nicht vergessen, und wenn es sich um England handle, so solle man nicht sagen: „unsere getreuen Verbündeten", sondern: „unsere perfiden Feinde." Auf diese Rede entgegnete Minister Billault, er bedauere, Worte vernommen zu haben, die bei zwei so gleich großen, gleich stolzen, gleich empfindlichen Nationen, wenn sie vor der einen oder der anderen Redner-Bühne erschallen, ein wahres Unglück seien. Was solle es nutzen, wenn man den Haß zwischen England und Frankreich wieder anfache, während die Politik des Kaisers im Gegensatze dazu Alles aufbiete, um diesen Haß zu vertilgen. Der Kaiser habe ein lebhaftes Gefühl für die Vergangenheit, er wisse jedoch seine Gedanken fest auf die Gegenwart und Zukunft zu richten und verfolge eine Politik der Versöhnung, die dem Frieden der Welt und den Fortschritten der Humanität gleich heilsam sei, wie die großen Resultate dieser Politik zeigten. Thayer, der im General-Conseil des Vincenz-Vereins saß, „bat um die Erlaubniß, den Senat vom Vincenz-Verein unterhalten zu dürfen, der trotz aller Verleumdungen nie ein anderes Ziel als das der Wohlthätigkeit verfolgt." Außer den Ministern fand sich in dem hohen Hause keine Stimme, die sich der inneren Politik Persigny's oder der auswärtigen des Kaisers selbst angenommen hätte.

Italien.

* Aus Turin, 23. Februar, wird geschrieben, daß die Differenz zwischen dem Könige und Ricasoli im Zunehmen begriffen sei. Ratazzi ist aufs eifrigste bemüht zu vermitteln, er räth dem Könige, der Sache ihren constitutionellen Verlauf zu lassen. Die Majorität der Deputirtenkammer ist mit Ricasoli immer noch nicht fest verbunden, es kann in sehr kurzer Zeit der Fall eintreten, daß sie ihm ein Mißtrauensvotum giebt.

— Das Treiben der bourbonistischen Agenten hat wieder begonnen, und ist man in Turin auch bereits davon unterrichtet, daß neue starke Expeditionen in Triest und auf Malta ausgerüstet werden, die das neapolitanische und sicilianische Littorale brandschatzen sollen, sobald der Schnee in den Appeninen geschmolzen ist und die Wälder und Schluchten den Banden wieder Zuflucht gewähren. Die italienische Regierung hat bereits Maßregeln getroffen, um neuem Unheil vorzubeugen.

Spanien.

— Die Abenteuer des Capitäns vom „Sumter" haben mit seiner Verhaftung geendet. Der Befehlshaber des conföderirten Schiffes, der in Gibraltar festlag, weil ihn ein Theil seiner Matrosen im Stiche gelassen, während die Bundessloop „Tuscarora" auf der Lauer hielt, war nach Tanger gegangen und wurde daselbst auf Ansuchen des amerikanischen Consuls und des Befehlshabers der „Tuscarora", die ihm auf den Fersen gefolgt waren, verhaftet. So wird aus Madrid, 25. Febr., telegraphisch gemeldet.

Danzig, 28. Februar.

* [Eine Volksabstimmung über die Militärvorlagen.] Bereits in No. 1185 dies. Ztg, theilten wir ein Cirkular des Oberschulzen Hein in Müggenhahl vom 4. Febr. mit, welches derselbe in Begleitung der bekannten Artikel der „Sternzeitung" über die Militärvorlagen in den verschiedenen Dorfschaften seines Bezirks cursiren ließ. Heute können wir als Ergänzung ein zweites Circular desselben Oberschulzen hinzufügen, auf welchem zugleich verschiedene Einzelvota der Kreiseingesessenen über die Militärvorlagen vermerkt sind. Dasselbe lautet, wie es uns in der Abschrift zugegangen ist, wie folgt:

„Müggenhahl, 13. Febr. Im Auftrage der landräthlichen Verfügung werden die benannten Schulzenämter aufgefordert, zur Aufklärung über die Militärfrage, d. h. über die durch des Königs Majestät befohlene Vermehrung des stehenden Heeres, durch welche vor Allem der verheirathete Landwehrmann vor einer schon bei einer bloßen Aussicht auf Krieg früher nothwendig gewesenen Einberufung zur Fahne bewahrt und vor seiner häuslichen Beschäftigung sicher gestellt wird. Zur Aufklärung ist ein Exemplar zur Uebersicht, wer der Umformung unseres Heeres absichtlich oder unabsichtlich geneigt ist; und bitte das Circulär der Tour nach zu befördern und um deutliche Erklärung, und den Tag zu benennen, wenn dasselbe bei Jedem erschienen ist, und von Letzterem retour. Weil der Schulze zu Rostau das erste Circulär der Tour nach befördert hat und das Exemplar nach 8 Tagen mir zurückgeschickt hat, deshalb muß ein zweites verabfolgt werden, daher bitte dasselbe beim Circulär beibehalten zu wollen.

Hein, Oberschulze."

„Mir ist der Inhalt des vorstehenden Schreibens des Hrn. Oberschulzen ganz unverständlich und bitte ich die landräthliche Verfügung beizulegen. Meller, Superintendent."

„Derselben Ansicht ist Richard Hering, Apotheker."

„Durch die neue Militär-Organisation soll nicht allein eine Vermehrung des stehenden Heeres bezweckt werden, sondern auch und hauptsächlich eine neue und bessere Einrichtung des Heeres stattfinden. — Aus eigener Erfahrung weiß ich es, als die Landwehrmänner von Haus und Hof weg mußten, sie noch dazu von den jüngeren Leuten, welche zurückblieben, weil das stehende Heer vollzählig war, verhöhnt wurden. Aus diesen Gründen und weil es mein König und Herr will, bin ich dafür. H. Neumann."

„Meine Ansicht ist die Hälfte des Militärs abzuschaffen.

Hein."

„!—? Drewke."

„Ich bin der Ansicht, daß das stehende Heer wohl die Größe haben, jedoch die Mannschaften nur 1—1½ Jahr dienen möchten Barthel."

„Ich stimme vor die Militärfragen. Joh. Schink."

„Ich stimme nicht für die Militärfragen. Fr. Fechner."

„Ich stimme für ¾ des Militärs. Schulz, Zimmermstr."

„Ich stimme für die Militärfrage. J. Gärtner."

„Die Größe des stehenden Heeres würde wohl genügend sein, das Vaterland zu vertheidigen, nur daß die Mannschaften 1—1½ Jahr dienen möchten. Glaaser(?)."

„Ich stimme nicht für Militärfragen. B. Schulz."

„Ich stimme nicht für die Militärfragen. Hinz."

„Ich stimme nicht für die Militärfragen. Friedland."

„Ich stimme mit die mersten stimmen. Janzen."

„Ich glaube, bei der jetzigen Eisenbahneinrichtung würde wohl Militär genug sein. Jedoch stimme ich für den Befehl Seiner Majestät. Mohring."

„Aus vorstehenden Unterschriften geht wohl zur Genüge hervor, wozu dergleichen Volks-Abstimmungen führen und wäre es deshalb wünschenswerth zuerst aufzuklären, warum es sich handelt? Dr. Wiedemann."

„Ich stimme der Aussage des Hrn. Dr. Wiedemann vollständig bei. H. M. Krüger."

„Ohne Einsicht der landräthlichen Verfügung ist mir der Zweck obigen Circulärs unverständlich. Dr. Fewson."

„Ich stimme vors Militär. Birr."

Man sieht hieraus, daß das „Suffrage universel" auch unter der Aegide eines preußischen Landrathes in einer verborgenen Ecke des deutschen Nordostens seine Bewunderer und Nachahmer gefunden. Wir bedauern indeß — und befinden uns dabei hoffentlich im Einklange mit dem Herrn Landrath — daß diese Manipulation, mit welcher der December-Mann an der Seine so glänzende Erfolge erreicht hat, seinen kleineren Jüngern an der Weichsel nicht mehr einträgt, als die Berechtigung zu einem Platz im „Kladderadatsch".

* Wir verweisen an dieser Stelle auf die unter den Inseraten dieser Nummer befindliche Bekanntmachung der Aeltesten der Kaufmannschaft, betreffend, die Vorschriften des mit dem 1. März in Kraft tretenden neuen Handelsgesetzbuches.

* Die Petition der preußischen und posenschen Turner an das Abgeordnetenhaus, betr. die Einführung des deutschen Turnens in sämmtliche Schulen des Staats, ist von 22 Vereinen unterschrieben worden, nämlich von den Vereinen in: Elbing, Bromberg, Graudenz, Marienburg, Pr. Holland, Ortelsburg, Schwetz, Culm, Chodziesen, Königsberg, Memel, Mehlsack, Posen, Insterburg, Schwerin a/W., Danzig, Braunsberg, Inowraclaw, Kempen, Thorn, Birnbaum und Marienwerder. Von preußischen Vereinen fehlt nur der Tilsiter; von den posenschen, so viel wir wissen, nur die zu Schneidemühl und Lissa.

* [Gewerbeverein.] In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins hielt Herr G. Helm einen Vortrag über die Mythologie verschiedener Völker. Er begann mit derjenigen der Perser, Egypter und Inder und wird die Fortsetzung in der nächsten Sitzung geben. — Alsdann machte Herr Clebsch nach Schubarth Mittheilungen über den Gebrauch zinnerner Gefäße ꝛc. — Schließlich legt Herr Oehlschlaeger eine Petition an das Abgeordnetenhaus vor, in welcher dasselbe ersucht wird, die Regierung zur Einführung der Stenographie als facultativen Lehrgegenstand in den Gymnasien und Realschulen aufzufordern. Die Petition fand nach Schluß der Sitzung zahlreiche Unterschriften.

Handels-Zeitung.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 28. Februar 1862. Aufgegeben 2 Uhr 51 Min. Angekommen in Danzig 3 Uhr 19 Min.

		Letzt. Crs.			Letzt. Crs.
Roggen fest,			Preuß. Rentenbr.	99	99
loco	53⅛	54¾	3½ % Westpr. Pfdbr.	88⅛	88¼
Februar	59	58	4 % do. do.	—	98
Frühjahr	50⅜	50¼	Danziger Privatbk.	98½	—
Spiritus Frühjahr	17¾	17⅔	Ostpr. Pfandbriefe	89⅜	89½
Rüböl, Frühjahr	13 1/24	13	Franzosen	133½	133
Staatsschuldscheine	91	90⅞	Nationale	61½	61¼
4½ % 56r. Anleihe	101⅞	101¾	Poln. Banknoten	84¼	84¼
5% 59r. Pr.-Anl.	108¾	108	Wechselc. London	—	6. 21⅛

Fondsbörse angenehmst.

Hamburg, 27. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco etwas fester bei einigem Geschäft. Roggen loco fester, ab Königsberg Frühjahr zu 85—86 eher zu haben als zu lassen. Oel Mai 28⅛, Octbr. 26¾. Kaffee fest, einige Tausend Sack umgesetzt. Zink ohne Umsatz.

London, 27. Februar. Silber 61½. — Wetter kalt. Consols 93⅜. 1 % Spanier 43¼. Mexikaner 34¼. Sardinier 80½. 5% Russen 102. 4½ % Russen 93.

Die Bombaypost ist am 26. d. in Alexandrien eingetroffen.

Liverpool, 27. Febr. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise sehr fest.

Paris, 27. Febr. 3% Rente 71, 00. 4½ % Rente 100, 80. 3% Spanier 48⅛. 1% Spanier —. Oesterreich. St. Eisenbn.-Act. 505. Oester. Credit-Actien —. Credit mobil.-Act. 768. Lomb.-Esbn.-Act. 548.

Produktenmärkte.

Danzig, den 28. Februar. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, fein und hochbunt 125/26—127/28—129 30—132 34 ℔ nach Qualität 87½/90—91½/93½—95/98½—99/100—104 Sgr.; ordin. bunt, dunkel und hell, fehlerhaft, 120 122—122/125/26 ℔ nach Qualität 75 80 — 82—83½/85 Sgr.

Roggen schwerer und leichterer 60½/60—59 Sgr. pr 125℔.

Erbsen, Futter- und gute Kochwaare 45 50—55 56 Sgr.

Gerste kleine 103/105—110/12 ℔ von 35/37—41/42 Sgr. große 108/109—112/16℔ von 38 40—41/44 Sgr.

Hafer ord. 23/26 Sgr., besserer 28—30/31 Sgr.

Spiritus 16 1/12—⅙ Rt. pr 8000 % Tralles bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: mäßiger Frost Nachts. milde bezogene Luft im Tage. Wind S.

Heute war an unserm Markte die Kauflust für Weizen weniger rege, verkauft sind 25 Lasten. Die dafür bedungenen Preise ziemlich unverändert. Bezahlt ist für 127℔ blauspitzig fl. 520, 127/28℔ desgl. fl. 522, 128℔ stark bezogen fl. 545, alles pr 85℔, 126℔ sehr hell fl. 560, 127/28℔ hellbunt fl. 557, 130 31 ℔ bunt grobkörnig fl. 570, 139 ℔ hübsch fein bunt fl. 580 pr 85℔.

Roggen fl. 360, 361½, 363 pr 125℔. Auf Lieferung pr April waren 20 Lasten à fl. 363 geschlossen.

108℔ kleine Gerste fl. 240.

Spiritus zu 16⅙, 16 1/12, und 16⅙ Rt. gekauft.

Königsberg, 27. Febr. (K. H. Z.) Wind W. — 4½. Weizen unverändert still, hochbunter 127—31℔ 92—97 Sgr., bunter 129—30℔ 93 Sgr., rother 125—30 ℔ 84—92 Sgr. bz. — Roggen behauptet, loco 119—21—28℔ 55½—57—62 Sgr. bez.; Termine fest, 80℔ pr Frühjahr 60 Sgr. B., 58½ Sgr. G., 120℔ pr Mai-Juni 59 Sgr. B., 58½ Sgr. bz., 58 G. — Gerste flau, große 100—10℔ 38—45 Sgr., kleine 95—106℔ 33—42 Sgr. B. — Hafer unverändert, loco 67—70℔ 23—25 Sgr. bez., 50℔ pr Frühjahr 29½ Sgr. B., 28½ G. — Erbsen stille, weiße Koch- 55—62 Sgr., Futter-, 40—53 Sgr., graue 40—80 Sgr., grüne 55—75 Sgr. B. — Bohnen 45—62 Sgr. B. — Wicken 30—50 Sgr. Br. — Thimotheum 5—8⅓ Rt. pr Ctr. B. — Leinöl 12⅓ Rt. pr Ctr. B. — Rüböl 13⅓ Rt. pr Ctr. B., 13¼ bz. — Leinkuchen 63—68 Sgr. pr Ctr. B — Rübkuchen 57 Sgr. pr Ctr. B.

Spiritus. Loco Verkäufer 16⅔ Rt., Käufer 16⅙ Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 18 Rt. mit Faß; pr Febr. Verkäufer 16⅔ Rt. ohne Faß; pr Frühjahr Verkäufer 19 Rt., Käufer 18½ Rt. mit Faß pr 8000 % Tralles.

Bromberg, 27. Februar. Weizen 125—128 ℔ 62—66 Rt., 128—130℔ 66—70 Rt., 130—134℔ 70—74 Rt. — Roggen 120—125℔ 42—44 Rt. — Gerste, große 30—33 Rt., kleine 23—28 Rt. — Erbsen 36—40 Rt. — Spiritus 16 Rt. pr 8000 %. — Kartoffeln 15 Sgr. der Scheffel.

Breslau, 27. Febr. (Schles. Ztg.) Für Weizen war zu bestehenden Preisen mehrseitige Kauflust zur Verschiffung, 85 ℔ weißer 82—88 Sgr., 85℔ gelber 82—88 Sgr., blauspitziger 70—80 Sgr., je nach Qualität und Gewicht. Roggen fand in guter Waare leicht Nehmer, untergeordnete Sorten wenig beachtet, 84℔ 56—60 Sgr., feinste Waare darüber.

In rother Kleesaat war bei flauer Stimmung zu gedrückten Preisen schwacher Umsatz, ordin. 6—9 Rℓ., mittel 9 3/4—10 2/3 Rℓ., feine 11 3/4—12 1/4 Rℓ., hochfeine 13—13 1/4 Rℓ. — Weiße Saat in feiner Waare einzeln gefragt, ordin. 9—13 Rℓ., mittel 14—16 Rℓ., fein 17—19 Rℓ., hochfein 20—21 Rℓ.

Thymothee matt, 7—8 1/2—9 1/4 Rℓ.

Stettin, 27. Febr. (Ostſ.-Z.) Wetter: klare Luft, leichter Frost Mittags — 0 Gr. R. Wind: S.W.

Weizen loco unverändert, Termine steigend, loco pr. 85 ℔ Galizischer gelber 72—75 Rℓ. bez., weiß Krakauer 70—80 Rℓ. bez., gelber Märk. 75—78 Rℓ. bez., bunter Poln. 75—77 Rℓ. bez., 84℔ Bromb. Abladung 77 Rℓ. bez., 85/86℔ Schlesischer gelber schwimmend 80 Rℓ. bez., 83/85℔ gelber pr. Frühj. 79 3/4, 80, 1/4 Rℓ. bez. u. B., Juli-August gestern Abend 81 Rℓ. bez. u. G. — Roggen fester, loco pr. 77℔ 48 1/2 Rℓ. bez., Bromb. Con. 49 Rℓ. bez., 77℔ März 49 Rℓ. B., Frühj. 49—48 3/4 49 Rℓ. bez., Mai-Juni gestern Abend 49 Rℓ. bez., 49 B., Juni-Juli 49 Rℓ. B. — Gerste loco Pomm. 34 Rℓ. bez., Schles. 70 ℔ Ablad. schwimmend 36 Rℓ. B., 70℔ pr. Fruhj. 37 B. — Hafer loco pr. 50 ℔ 24 1/4—27 1/2 Rℓ. bez., 47/50 ℔ Frühj. 26 bez. u. G.

Rüböl fest, loco 13 Rℓ. bez. u. B., April-Mai 13 bez., B. u. G. Sept.-Octbr. 12 3/4 Rℓ. bez. B. u. G.

Spiritus fester, loco 16 11/12, 17 Rℓ. bez., Kleinigkeiten 17 1/12 bez., März ohne Faß 17 1/12 Rℓ. bez., Frühj. 17 1/3 Rℓ. bez., Mai-Juni 17 3/4 Rℓ. B., Juni-Juli 18 Rℓ. bez. u. G.

Hering, Schott. crown und fullbrand 11 2/3 Rℓ. transf. bez.

Actien. Nat.-Vers.-Gesellschaft 110 3/4 B. (Die gestrige Notiz 111 bez. ist irrthümlich.)

Berlin, 27. Februar. Wind: OSO. Barometer: 28". Thermometer: früh 3 Gr. —. Witterung: hell.

Weizen pr. 25 Schffl. loco 63—80 Rℓ. — Roggen pr. 2000 ℔ loco 50 3/4—53 1/2 Rℓ., do. Febr. 53 3/4, 58 Rℓ. bez. u. B., Febr.-März 50 3/4, 51 Rℓ. bez. u. B., 50 3/4 G., Frühj. 50 3/8, 1/4 bez. u. G., 50 3/8 Rℓ. Br., Mai-Juni 50 3/8 Rℓ. bez. u. G., 50 1/2 B., Juni-Juli 50 1/2 Rℓ. bez., B. u. G., Juli-August 50 3/8 Rℓ. bez. u. G., 50 1/2 B. — Gerste pr. 25 Schffl. große 35—39 Rℓ. — Hafer loco 22—25 Rℓ., pr. 1200 ℔ Febr. 23 Rℓ. Br., Febr.-März 23 Rℓ. B., do. Frühj. 23 3/8 Rℓ. bez., do. Mai-Juni 24 Rℓ. B., Juni-Juli 24 1/4 Rℓ. bez.

Rüböl pr. 100 ℔ ohne Faß loco 13 Rℓ. B., Febr. 13 Rℓ. B. u. G., Febr.-März 13 Rℓ. B. u. G., März-April 13 Rℓ. B. u. G., April-Mai 13 1/12, 13 Rℓ. bez., Br. u. G., Mai-Juni 13 1/12, 13 Rℓ. bez. B. u. G., Juni-Juli 13 Rℓ. B., Septbr.-Octbr. 12 7/8, 5/6 Rℓ. bz. u. G., 12 7/8 B.

Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 17 1/3, Rℓ. bez., Febr. 17 5/12 Rℓ. bez., Febr.-März 17 5/12 Rℓ. bez., März-April 17 11/24, 5/12 Rℓ. bez. u. G., 1/2 B., April-Mai 17 17/24, 3/4 Rℓ. bez. B. u. G., Mai-Juni 17 11/12 Rℓ. bez. u. G., 18 B., Juni-Juli 18 1/4, 1/6 Rℓ. bez. u. G., 1/4 B., Juli-August 18 1/2, 5/12 Rℓ. bez. u. G., 1/2 B., Aug.-Septbr. 18 3/4, 2/3 Rℓ. bez. u. G., 3/4 B.

Mehl. Wir notiren für: Weizenmehl Nr. 0. 5—5 1/4, 0. u. 1. 4 3/4 — 5 Rℓ., Roggenmehl Nr. 0. 3 5/6—4 1/12 0 u. 1. 3 1/2—3 5/8 Rℓ.

Köln, 26. Februar. Rüböl: pr. Mai höher; eff. in Part. von 100 Ctr. 14,7 B.; pr. Mai 14 7/20 bez., 14 7/20 Br., 14,3 G.; pr. Octbr. 14 B., 13 19/20 G. — Leinöl: unverändert; eff. in Part. v. 100 Ctr. 12,3 B. — Spiritus: unverändert; exportfäh. 80% Tr. eff. in Part. v. 3000 Qu. 21 1/4 B. — Weizen: ziemlich unverändert; eff. hiesiger 8 1/6 B.; fremder 7 5/12 à 3/4 B.; pr. März 7,10, 9 1/2 bez., 7,9 1/2 B., 7,9 G.; pr. Mai 7,16 1/2 bez., 7,17 B., 7,16 G.; pr. Juni 7,19 B., 7,17 1/2 G.; pr Juli 7,23 B., 7,21 G. — Roggen: Termine höher; eff. 6 1/3 à 2/3 B.; gedörrt 7 1/12 B.; pr. März 6,6 B., 6,5 G.; pr. Mai 6,8 u. 8 1/2 bez., 6,9 B., 6,8 G. — Gerste unverändert; hiesige eff. 4 7/12 B.; dito oberl. eff. 6 B. — Hafer: unverändert; eff. 4 1/2 B., pr. März 4 1/3 B., pr. Mai 4 5/12 B.

Hamburg, 26. Febr. Getreide. Weizen in loco flau und stille, ab auswärts bleibt sehr vernachlässigt. Roggen in loco fester, ab Ostsee ruhiger, ab Königsberg 80℔ pr. Frühjahr auf 86—87 Rℓ. Bco. gehalten. Rüböl pr. Mai 28 Mℓ 4 à 2 ß., pr. Oct. 26 Mℓ 12 ß. — Caffee, die Stimmung ist eher etwas günstiger, namentlich für Rio-. Umsatz 4—5000 Sack. — Zink ohne Umsatz.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 28. Febr. Wind: WNW.
Angekommen: R. Chew, Pacific (SD.), Hull, Ballast.
Nichts in Sicht.

Fondsbörse.

Berlin, 27. Februar.

	B	G		B	G
Berlin-Anh. E.-A.	136	135	Staatsanl. 56	102	101 1/2
Berlin-Hamburg	118	—	no. 53	100 3/4	100 1/4
Berlin-Potsd.-Magd.	158 1/2	—	Staatsschuldscheine	91 1/8	90 5/8
Berlin-Stettin Pr.-O.	—	—	Staats-Pr.-Anl. 1855	122 1/2	121 1/2
do. II. Ser.	—	96 1/2	Ostpreuss. Pfandbr.	—	89
do. III. Ser.	—	96 1/2	Pommersche 3 1/2 % do.	92	91 1/2
Oberschl. Litt. A. u. C.	136 3/4	135 3/4	Posensche do. 4%	—	103 3/4
do. Litt. B.	—	120 1/2	do. do. neue	—	97
Oesterr.-Frz.-Stb.	133 1/2	—	Westpr. do. 3 1/2 %	88 3/8	87 7/8
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	85 1/2	—	do. 4%	—	—
do. 6. Anl.	99	—	Pomm. Rentenbr.	—	99 1/2
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	81 1/4	80 1/4	Posensche do.	98 1/4	97 5/8
Cert. Litt. A. 300 fl.	—	94 1/4	Preuss. do.	99 1/4	98 3/4
do. Litt. B. 200 fl.	—	—	Pr. Bank-Anth.-S.	—	121 1/2
Pfdr. i. S.-R.	—	84 1/4	Danziger Privatbank	99	98
Part.-Obl. 500 fl.	92 1/2	91 1/2	Königsberger do.	—	95 3/4
Freiw. Anleihe	101 3/4	101 1/4	Posener do.	—	93 1/2
5% Staatsanl. v. 59	108 1/4	107 3/4	Disc.-Comm.-Anth.	91 1/2	90 1/2
St.-Anl. 50/2/4/5/7/9	102	101 1/2	Ausl. Goldm. à 5 Rℓ.	—	109 3/8

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	143 1/8	142 7/8	Paris 2 Mon.	80	79 5/8
do. do. 2 Mon.	142 3/8	142 1/8	Wien öst. Währ. 8 T.	73	72 3/4
Hamburg kurz	151 1/4	151	Petersburg 3 W.	93	92 3/4
do. do. 2 Mon.	150 3/4	150 1/4	Warschau 90 SR. 8 T.	—	83 3/4
London 3 Mon.	6. 21 1/4	2	Bremen 100 Rℓ. G. 8 T.	110 1/4	109 3/4

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Baromet.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
27	4 1/2	341,02	— 2,7	WNW. ruhig; bezogen, trübe.
28	8	337,08	— 1,4	NW ruhig; dick bez., leicht. Schnee.
	12	335,81	+ 0,6	W. ruhig, bezogen, trübe.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.